

Zeitschrift:	Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz : Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes
Herausgeber:	Schweizerischer Gewerkschaftsbund
Band:	18 (1926)
Heft:	7
Rubrik:	Aus andern Organisationen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 14.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

denen 13,201 Personen beteiligt waren; davon waren 6314 organisiert. Im Vertragsverhältnis standen Ende 1925 rund 7000 Arbeiter.

Das Arbeitersekretariat erteilte im Berichtsjahre Auskünfte an 2982 Personen (2066 Männer und 916 Frauen; 2133 Schweizer und 849 Ausländer, 1708 Organisierte und 1274 Unorganisierte).

Von der Bibliothek wurden pro 1925 an 685 Personen 2598 Bücher ausgeliehen. Die Betriebsrechnung des Gewerkschaftskartells schliesst bei einer Gesamteinnahme von 31,587 Franken mit einem Aktivsaldo von 3208 Franken ab. Das Vermögen belief sich Ende 1925 auf Fr. 14,241, d. h. es war Fr. 7716 geringer als Ende 1924. Der Kampffonds weist auf Jahresschluss einen Bestand von Fr. 9580 auf.

Arbeitersekretariat des Kantons Solothurn. Die Arbeiterbewegung im Kanton Solothurn litt auch im Jahre 1925 unter der schlechten Wirtschaftslage. Da und dort konnten Lohnbewegungen in kleinerem Massstab durchgeführt werden, anderseits aber schreckten die Unternehmer vor weiteren Lohnreduktionen nicht zurück, ohne dass die Arbeiterorganisationen stark genug waren, um sich entscheidend zur Wehr zu setzen. Auch die Arbeitszeit wird vielfach von den Unternehmern in gesetzwidriger Weise ausgedehnt.

Sehr stark war das Sekretariat durch politische und wirtschaftspolitische Angelegenheiten in Anspruch genommen; bei den Wahlen in das kantonale Parlament verlor die Arbeiterschaft zwar zwei Mandate, hatte aber bei den Gemeindewahlen und bei den Nationalratswahlen gute Erfolge zu verzeichnen.

Die Rechtsauskunftsstelle wurde in Solothurn von 546 Personen, in Olten von 274 Personen beansprucht. Von den Auskunftsuchenden waren etwa 70 Prozent unorganisiert. Die Jahresrechnung weist eine Vermögensverminderung von 419 Fr. nach.



Aus andern Organisationen.

Sozialdemokratische Partei der Schweiz. Das Parteisekretariat der Schweiz. Sozialdemokratischen Partei veröffentlicht einen instruktiven Bericht über die Tätigkeit der Parteiinstanzen im Jahre 1925. In der Einleitung wird die allgemeine politische Lage skizziert und das Erstarken des sozialdemokratischen Einflusses und die Festigung der Organisationen dargestellt. Der Abschnitt Parteiorganisation gibt eine Uebersicht über die Zusammensetzung der Parteiinstanzen. Im dritten Abschnitt, der der Parteibewegung gewidmet ist, wird dem dahingeschiedenen Gen. Greulich ein kurzer Nachruf gewidmet. Anschliessend wird über den Verlauf der Abstimmungskampagnen und Wahlen Bericht erstattet. Gegenüber dem Jahre 1922, wo die Partei bei den Nationalratswahlen 170,298 Stimmen erhielt, hat sie ihre Wählerzahl auf 195,768 gesteigert.

Die Mitgliederzahl hat sich gegenüber dem Vorjahr von 30,742 auf 31,301 erhöht. Die Prüfung der Frage des Anschlusses an die Sozialistische Arbeiterinternationale wurde auf einen späteren Zeitpunkt verschoben.

Die Partiekasse weist einen Ausgabenüberschuss von 27,934 Franken aus. Von den Ausgaben im Gesamtbetrag von 140,317 Fr. entfallen 53,530 Fr. auf Drucksachen und 42,785 auf das Sekretariat. Das Vermögen des Pressefonds hat sich gegenüber dem Vorjahr von 30,357 Fr. auf 36,423 Fr. erhöht.

Schweiz. Verband für Wohnungswesen und Wohnungsreform. Am 8. und 9. Mai fand in Zürich eine Tagung des Schweiz. Verbandes für Wohnungswesen und Wohnungsreform statt. Zahlreiche eidg. und kan-

tonale Behörden hatten dazu ihre Vertretungen abgeordnet, ebenso nahmen Vertretungen zahlreicher sozial-politischer und wirtschaftlicher Organisationen an den Verhandlungen teil.

Das Protokoll der letzten Generalversammlung, der Tätigkeitsbericht und die Jahresrechnung wurden genehmigt. Nach einem Referat von Dr. Nägeli (St. Gallen) wurde beschlossen, den Namen des Verbandes (er hieß bisher Schweiz. Verband zur Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbau) in «Schweiz. Verband für Wohnungswesen und Wohnungsreform» abzändern. Stadtarzt Dr. Hauswirth (Bern) referierte darauf über die eidg. Tuberkulosegesetzgebung und bedauerte namentlich die Streichung des Art. 11, lit. b, durch den Ständerat, wonach die Kantone an die bauliche Umänderung von als tuberkulosefördernd befindenen Räumen Beiträge bewilligen können, sofern dem Eigentümer billigerweise die Kosten hierfür nicht zugemutet werden können. Von Seiten des Zentralvorstandes wurde erklärt, dass man sich zu gegebener Zeit für die Wiederaufnahme dieser Bestimmung im Nationalrat einsetzen werde.

Ein Antrag auf Befreiung der gemeinnützigen Baugenossenschaften von der eidg. Stempelsteuer wurde vom Zentralvorstand zur weiteren Prüfung entgegengenommen. Am Abend referierte Stadtbaumeister Hertler (Zürich) über das Wohnungswesen der Stadt Zürich. Am Sonntagvormittag besuchten die Teilnehmer in drei Gruppen zahlreiche Wohnkolonien in Zürich und Umgebung.



Aus Unternehmerverbänden.

Arbeitgeberverband schweiz. Maschinen- und Metallindustrieller. Tätigkeitsberichte gegnerischer wirtschaftlicher Organisationen sind deshalb immer sehr lehrreich, weil sie über die Absichten und Ziele des gegnerischen Verbandes sowie über dessen Entwicklung und Stand orientieren und weil sie erkennen lassen, wie sich die eigene Bewegung im Urteil des Gegners entwickelt. Auch der vorliegende Bericht des Arbeitgeberverbandes schweiz. Maschinen- und Metallindustrieller für das Jahr 1925 bietet nach dieser Hinsicht viel Interessantes.

Dem Verband waren Ende 1925 angeschlossen 143 Firmen mit 47,394 Arbeitern gegenüber einem Bestand von 146 Firmen mit 46,801 Arbeitern Ende 1924. Die Zahl der Arbeiter hat sich um 593 oder 1,2 % erhöht. Die 143 Firmen verteilen sich auf 17 Kantone.

Nach der Berichterstattung über Zusammensetzung und Tätigkeit der Zentralinstanzen wird ein längerer Abschnitt den «Arbeiterbewegungen» gewidmet, d. h. es werden die Streiks, an denen Verbandsfirmen beteiligt waren, einer eingehenden Würdigung unterzogen. Die Melodie ist bekannt: Hoffentlich werden die Arbeiter bald einmal einsehen, dass mit Streiken nichts zu holen ist und dass sie viel besser tun, die Angebote der Arbeitgeber zu akzeptieren, die ja viel besser in der Lage sind, die wirtschaftliche Tragfähigkeit des Betriebes zu beurteilen. Und es wird den Arbeitgebern geraten, nach Möglichkeit freiwillige Lohnerhöhungen zuzugestehen, damit sie gegebenenfalls, wenn die Arbeiterschaft Forderungen stelle, «fest» bleiben könne. Wir sind begierig, mit welcher Begeisterung die Maschinen- und Metallindustriellen diesem Rat nachkommen werden. Bisher sind sie jeweilen «fest» geblieben, ohne vorher freiwillige Lohnerhöhungen gewährt zu haben, und wir haben allen Grund zur Annahme, dass sie es auch in Zukunft bleiben werden, wenn die organisierte Arbeiterschaft sie nicht zu Konzessionen zwingt.